

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Brosz, Mandak, Freundinnen und Freunde

betreffend Gratis-Kindergarten

eingebracht im Zuge der Debatte über TOP 23, Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (281 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (382 d.B.)

Mit einem Abänderungsantrag zum Schulunterrichtsgesetz wollen die Regierungsparteien gesetzlich festschreiben, dass die Erziehungsberechtigten dafür verantwortlich sind, dass ihre Kinder bei der Schuleinschreibung ausreichend Deutsch können müssen, um dem Unterricht zu folgen. Abgesehen davon, dass diese Forderung bei Familien, die erst knapp vor der Schuleinschreibung nach Österreich gekommen sind, in den meisten Fällen nicht eingelöst werden kann, delegieren SPÖ und ÖVP die volle Verantwortung für die Frühförderung an die Erziehungsberechtigten. Auch durch die Anschubfinanzierung für zusätzliche Kindergartenplätze durch die geplante 15a Vereinbarung wird es zu keinem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr kommen. Von einem Gratiskindergarten ist überhaupt nicht die Rede. ÖVP und SPÖ haben in der letzten Legislaturperiode die Schulgeldfreiheit in der Verfassung verankert. Jetzt kommt eine de facto Kindergartenpflicht, ohne auf die soziale Situation vieler Familien Rücksicht zu nehmen. Obwohl in den Kindergärten verstärkt Frühfördermaßnahmen gesetzt werden sollen und somit der Bildungsauftrag verstärkt wird, besteht in vielen Fällen eine Kostenpflicht. Das widerspricht der Idee einer Schulgeldfreiheit für den gesamten Schulbereich diametral.

Gratis Kindergartenbesuch für alle Kinder in Österreich: Diese Forderung erhob ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer im "Steiermark heute" - Sommergespräch. Die Finanzierung müsste im Zuge des Finanzausgleichs gesichert werden. Diese Forderung wurde im Finanzausgleichsgesetz, das im Dezember 2007 beschlossen werden soll, nicht umgesetzt.

Hermann Schützenhöfer: "Wir sollten uns politisch im Bund wie im Land einig sein, da ist etwas zu tun, und ich fordere, dass Bund und Länder, die ja jetzt in den Finanzausgleichsverhandlungen sind, einen Schwerpunkt Kinder setzen, und dass sie sich darauf einigen, den Schwerpunkt so zu setzen, dass Kindergärten für alle Kinder im Lande in der Republik gratis sind", so Schützenhöfer.

Bei der steirischen Volkspartei hat man sich auch um die Finanzierung Gedanken gemacht: "Wenn ich Ihnen sage, dass die Steiermark bisher im Jahr für die Kindergärten 64 Millionen Euro ausgibt, und wenn jetzt der Finanzausgleich verhandelt wird, dann ist die Frage insgesamt und insbesondere an den Bund zu richten", sagt der steirische ÖVP-Chef.

Für Schützenhöfer sind die Länder und Gemeinden derzeit in der Frage der Kindergartenfinanzierung benachteiligt, das müsse im nächsten Finanzausgleich

geregelt werden, "und wir werden selbstverständlich mit dem Finanzminister und mit dem Bundeskanzler darüber verhandeln", so der steirische ÖVP-Chef.

Auch die EU-Kommission empfiehlt den Mitgliedsstaaten einen Ausbau und eine Verbesserung des Angebots an Kindergarten um die Bildungschancen der Kinder zu optimieren. „Bei den Bemühungen muss es darum gehen, bereits bei sehr kleinen Kindern auf die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen abzustellen, beginnend mit Kindern in benachteiligten Gebieten, und Begleitmechanismen zu schaffen, die einen vorzeitigen Schulabbruch verhindern.“¹

Kindergarten sind in Österreich Länder- bzw. Gemeindeangelegenheiten, entsprechend unterschiedlich sind die Angebote, Öffnungszeiten und Preise. Es gibt weder einen einheitlichen Bildungsplan, noch Qualitätskriterien, verbindliche Mindeststandards oder gar ein Recht auf den Kindergartenbesuch. Vor allem im ländlichen Raum fehlt es an Kindergartenplätzen, weshalb viele Kinder erst mit 4 oder 5 Jahren den Kindergarten besuchen können. In Ballungsräumen gibt es zwar zahlreiche private, kirchliche und alternative Kinderbetreuungsangebote, doch sind diese häufig recht teuer. Kindergarten kosten in Österreich zwischen 30 und 450 Euro pro Monat, je nach Bundesland unterschiedlich. Es gibt zwar soziale Preisstaffelungen, aber diese kommen nur wenigen zu Gute. So liegt die Obergrenze für die Gebührenbefreiung z.B. in Wien bei 1.053 Euro Familieneinkommen einschließlich der Familienbeihilfe pro Monat.

Um den sozialen Ausgleich zu schaffen und auch jenen Kindern den Besuch eines Kindergartens zu ermöglichen, denen es bisher aus finanziellen Gründen oder mangels Angebot nicht möglich war, muss ein Recht auf Kindergartenbesuch geschaffen werden und gleichzeitig müssen die Elternbeiträge für den Kindergartenbesuch aller Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt hinkünftig aus Budgetmitteln bestritten werden.

Die Finanzierung der Kindergartenbeiträge aus dem Bundesbudget stellt die effektivste Form der Familienförderung dar. So werden punktgenau junge Familien mit kleinen Kindern finanziell entlastet. Jeder Euro, der vom Bund für die Kinderbetreuung übernommen wird steht direkt diesen Familien zur Verfügung.

Der Kindergarten ist eine Bildungseinrichtung, in dem sich Kinder sozial, motorisch und sprachlich optimal entwickeln, mögliche individuelle Schwächen können rechtzeitig erkannt und bis zum Schuleintritt ausgeglichen werden. Im Kindergarten geht es nicht um Leistungsstandards und die Erfüllung schulischer Erfordernisse, sondern um spielerisches Lernen, den sozialen Umgang mit Gleichaltrigen sowie Bewegung und Kreativität.

Johann Bacher vom Institut für Soziologie der Universität Linz hat anhand der Analyse der PISA-Daten die Bedeutung eines mehrjährigen Kindergartenbesuchs herausgearbeitet.

¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, „Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an der Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft“, Seite 3

Dauer des Kindergartenbesuchs in Österreich:

	länger als 1 Jahr	1 Jahr oder weniger	gar nicht
ohne Migrationshintergrund	83 %	14 %	3 %
mit Migrationshintergrund	60 %	27 %	13 %

83 % der Kinder ohne Migrationshintergrund besuchen in Österreich den Kindergarten länger als 1 Jahr, 14 % 1 Jahr oder weniger und 3 % gar nicht. Bei den Kindern mit Migrationshintergrund besuchen 60 % den Kindergarten länger als 1 Jahr, 27 % 1 Jahr oder weniger und 13 % gar nicht.

„Vor allem ein mehrjähriger Kindergartenbesuch führt sowohl bei Kindern ohne als auch bei Kindern mit Immigrationshintergrund zu besseren Testleistungen im Lesen: Wird der Kindergarten 1 Jahr oder weniger lang besucht, ergibt sich nur eine geringe Verbesserung in den Testleistungen . Bei einem längeren Kindergartenbesuch beträgt die Zunahme über 30 Punkte (31 Punkte bei Kindern ohne Migrationshintergrund und 39 Punkte mit Migrationshintergrund). Der Leistungszuwachs entspricht in etwa jenem einer Schulstufe!

Die Tabelle zeigt zugleich, dass deutlich weniger Kinder mit Migrationshintergrund einen Kindergarten besuchen und die zeitliche Dauer des Kindergartens kürzer ist. Dies ist zum Großteil auf Zuwanderungen der Kinder im Kindergarten- oder Schulalter zurückzuführen. Aber auch in der Gruppe der in Österreich geborenen Kinder mit Migrationshintergrund (1. Generation) ergeben sich etwas geringere Kindergartenbesuchsquoten. So z.B. besuchen nur 75 % mehr als 1 Jahr den Kindergarten.

Zusammenfassend erscheinen zwei Punkte wichtig: Die Frage der Integration von Kindern mit Immigrationshintergrund sollte breiter diskutiert werden. Die Diskussion von Maßnahmen sollte nicht auf den Schulbereich begrenzt sein, da durch Maßnahmen am Arbeitsmarkt und durch vorschulische Förderung Bildungsungleichheiten gezielt und wirkungsvoll abgebaut werden können. Dabei zeigt sich, dass die Forderung nach einem verpflichtenden Kindergartenjahr zu erweitern ist.²

Die Studie Bachers wird durch die neuesten Erkenntnisse der PIRLS-Studie vollinhaltlich bestätigt. Kinder, die keine Kindergarten besucht haben, liegen bei der Lesekompetenz am Ende der 4. Klasse Volksschule deutlich hinter jenen Kindern, die einen Kindergarten bis zu einem Jahr besucht haben. Der Abstand verdoppelt sich zu jenen Kindern, die den Kindergarten länger als ein Jahr besucht haben.

Um eine weitere Qualitätsverbesserung des pädagogischen Angebots an Kindergärten und eine Attraktivierung des Berufsbildes Kindergartenpädagogik zu erreichen bedarf es einer hochschulischen Aus- und Weiterbildung von KindergartenpädagogInnen. Ein entsprechendes Ausbildungsangebot an den neu geschaffenen Pädagogischen Hochschulen ist daher zu entwickeln.

² Bacher, Johann: Integration als Querschnittsaufgabe aus dem Newsletter des Österreichischen Schulkompetenzzentrums Schul-News Nr. 02/2007, S. 6f

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur wird aufgefordert, so rasch wie möglich alle erforderlichen Maßnahmen zu setzen, um allen Drei- bis Sechsjährigen Kindern in Österreich ein Anrecht auf den kostenlosen Besuch eines Kindergartens zu schaffen.

Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Bildungsplan für die Frühförderung im Kindergarten auszuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass Ausbildungsangebote für KindergartenpädagogInnen umgehend an den pädagogischen Hochschulen geschaffen werden.

The image shows six handwritten signatures in black ink, likely from members of the National Council, placed over the text of the resolution. The signatures are somewhat stylized and vary in size and placement. One signature, 'B. Zellner', is written vertically on the left side. Another, 'B. Fischer', is at the top right. In the center, there is a large, flowing signature. To the right of it, another signature starts with 'B. ...'. At the bottom left, there is a signature that appears to end with 'Saline ...'. The signatures overlap each other and the surrounding text.